

02.01.2013



Fortsetzung der Bornheimer Zukunftswerkstatt 2012  
am 04.12.2012

Bildung wird entwickelt:

Bewegung in Bornheim

## 1. Konkurrenz um die Köpfe

- Problem: Randorte werden nach Brühl oder Bonn Auspendler verzeichnen. Wie können wir Ein- und Auspendlerverhältnis steuern?
- Durch Profilierung der Schulen Attraktivität steigern. Stadt Bonn wird egoistisch, vor allem bei Förderbedarf.
- Aber: Bornheim ist attraktiv und kann darauf bauen.
- Können wir im Gymnasium den Einpendlereinzug erweitern (z.B. Bonn)?
  - Auch beim Kompetenzzentrum gibt es Anfragen aus Wesseling und Bonn
  - Den Eltern sind die Regelungen oft nicht klar - sie sollen frühzeitig informiert werden, die Platzverteilung ist früh wichtig
- **Regionale SEP** ist dringend notwendig - gibt es bislang zu wenig
- Der Umfang Sekundarschule muss reflektiert werden (Alleinstellungsmerkmal wie bei der Gesamtschule) - auch wichtig bei Förderbedarf

Zu tun: Regionale Schulentwicklungsplanung forcieren (Schulträger)

## 1.2 Einpendler und Auspendler

- Die Existenz von Schulen und Schulstandorten ist nicht in Frage gestellt.
- Aber warum pendeln 40% aus? Antworten: Randorte, Verkehrsanbindungen, Berufskollegs etc., Mädchenschule)
- Realschulen bieten Alternative - jedoch: Sekundarschule Merten
- Dagegen spricht: Realschule Brühl (Erich K.) hat wenig Anmeldungen
- Was wird sich verändern, wenn Alfter eine weiterführende Schule im Nachgang zur Hauptschule hat?

## 1.3 Zubauen vermeiden?

- Zubauten in der Gesamtschule nicht nur in Bezug auf Schülerzahlen, sondern oder auch die Inklusion berücksichtigend! (Zu tun: Schulträger Raumkonzept)
- LVR-Schule - wie sieht die Weiterentwicklung aus? Kann die Schule von umliegenden Bornheimer Schulen zu nutzen? Die hängt vom Schulgesetz und von der generellen Linie des LVR ab. (Zu tun: Bereitschaft des LVR zur Frage der Vernetzung erkunden - Schulträger)
- Sorge: Förderung wird ggf. schlechter als bislang. Kann nicht innerhalb von einem Jahrgang gelöst werden und auch nicht von den Kommunen allein.
- Wir brauchen die räumliche Konsequenz von Inklusion in allen Schulen, auch den Grundschulen. Zu tun: Der Schulentwicklungsplan ist an den Standorten zu ergänzen/weiterzuentwickeln. Schulträger mit allen Schulen, auch im Rahmen des Aktionsplanes „Inklusive Bildung in Bornheim“
- Ausbauprogramme werden nicht an allen Schulen gleichzeitig passieren können.
- Das Kompetenzzentrum muss sich für alle aufstellen.
- Die Idee des Inklusionscampus (Elementarbereich/Sekundarbereich) ist zukunftsweisend.
- Vorhandene Räume können auch genutzt werden!
- Kooperationen auch im Hinblick auf Raumbedarf erarbeiten. (Wer soll dies tun?)
- Merten ist noch nicht durchgängig im Ganztag - das ist aber die Zukunft! Auch die Differenzierung und die Ausweitung des Lehrpersonals sind raumplanerisch nicht ausreichend berücksichtigt (trifft auch für andere Schulen zu. Ist eindeutig konnektivitätsrelevant und wird im Rahmen der Gesetzgebung (9.SchulRÄndG) derzeit debattiert.
- In Rösberg gibt es eine Elternbewegung gegen Inklusion - mit separierenden Tendenzen (fast wie Privatschule ohne Behinderte) Achtung: Schulbuswunsch von Waldorf nach Rösberg - kann massives Problem werden. Wird so von der Rösberger Schulleitung nicht gesehen. Auch in Waldorf Elternproteste (von Minderheiten)

## 1.4 Inklusion

- AvH wird durchgängiges Inklusionskonzept erstellen. Kooperation mit Kompetenzzentrum ist vorhanden. Auch GS und SekS wirken daran mit. Fortbildungen zum Thema laufen fürs Kollegium. Thema betrifft auch Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund. („Überflieger in der SekS bleiben in der SekS“)
- Erzbistum Köln hat für seine 32 Standorte eine Gesamtkonzept vor. Modalitäten sind in der Diskussion. Auf zusätzliche Förderstunden (landesfinanziert) ist kaum zu hoffen (private Ersatzschule). Bis dahin Vor-Ort-Konzepte für Kinder mit Förderbedarf. Aber auch bauliche Konsequenzen sind zu bedenken - jedoch: Umbau gerade abgeschlossen, dennoch werden Anpassungen versucht. Auch Förderschulen des Erzbistums sind als Ressource denkbar, aber zu weit weg.
- Bleiberecht der aufnehmenden Schule hat Priorität.
- Sollen alle Schulen nach Elternwunsch alles machen? (Betrifft vor allem Gymnasium.)
- Umstellung G8 und auf gebundenen Ganztag und Inklusion kann nicht in einem Rutsch gelöst werden.

Zu tun: Kommunaler Aktionsplan ist in Arbeit. (Schulträger mit allen)



## 1.5 Herseler Einpendlerbegrenzung?

Trifft so laut Leitung Herseler Grundschule nicht zu. Einpendler aus Bonn sind derzeit nicht gegeben.

## 1.6 Fraktionsübergreifender Ak

Beschluss liegt vor, Themenvorgabe gibt es nicht.  
Betrifft derzeit

- Kompetenzzentrum (Einladung der Verbundschule)
- Raumbedarf
- Andocken an bestehende Gesprächskreise unter Einbindung der Praxis möglich

Zu tun: Verwaltung lädt in Abstimmung mit schulpolitischen SprecherInnen ein.

## 2. Grundschulen

### 2.1 Schülerzahlen in den Grundschulen

- In Waldorf nicht 200, sondern 220
- In Sechtem und anderswo sind die Neubaugebiete nicht berücksichtigt.
- 1 1/2 - zügig wird in Rösberg erwartet.
- In Bornheim jetzt 3 Eingangsklassen. Wenn Eingangsphase verlängert wird, dann kann die Grenze von 30 SchülerInnen pro Klasse erreicht werden. Recht der Eltern ist nicht kongruent mit der LehrerInnenausstattung. Zwar Reduzierung auf 29, aber das reicht nicht. Wir brauchen die LehrerInnen für die 4. Eingangsklasse. Zu tun: Schreiben an Landesregierung (Vorbereitung Frau Meier, Umsetzung Schulträger)

## 2.3 und 2.4 Bei kleinen Grundschulen Verbünde?

- Schulkonferenz Rösberg ist gegen Verbund (z.B. mit Merten).
- Schulprofil soll erhalten bleiben (z.B. Kath. Ansatz)
- Kann diese Schule in Rösberg nicht geöffnet werden für andere Ortsteile?
- Schulleitung: Wird so bereits von den Eltern aus anderen Ortsteilen angenommen.
- Problem der Profilierung bei Grundschulen problematisch. Funktioniert nur, wenn Schuldichte am Standort oder sehr große Schule gegeben ist.
- Kleine Klassen sind durchaus profiträchtig - aber: Ungleiche Schülerverteilung, da gibt es Verlierer und Gewinner. Wenn in Rösberg 2 Klassen gebildet werden, wird die Klassenzahl höher
- Innerer Widerspruch: AVO wird nicht angewendet (23-er Wert)

## 2.5 Strukturierter (gebundener) Ganztag

- *Ganztagszüge gibt es in Hersel.*
- *In Merten, Sechtem, Roisdorf und Walberberg gibt es sie zum kommenden Schuljahr.*
- *In Waldorf ist der kommende Ganztagszug auf das besondere Konzept auszurichten.*
- *In der GS-Bornheim ist der Ganztagszug auf der Agenda, würde aber eine ungleiche Aufteilung der anderen OGS-Gruppen bewirken. Voraussichtlich Konzepterstellung jetzt, Umsetzung nicht 2013/14 (v.a. wg. Personalbewegungen)*
- *Rösberg hat hohen Bedarf, aber Eltern wollen keine Änderung. Außerdem müsste 2-Zügigkeit garantiert sein. Zu tun: Hier sind neue Lösungen denkbar (Schulleitung Rösberg)*

### 3. Grundschulen Räume

#### 3.1 1,8 Räume sind gut und geben Raum für Mehrzweck und Ganztag

- Der Ganztagszug bringt neue pädagogische Akteure in die Schule. Ist das überhaupt statthaft – und wo sollen sie untergebracht werden (Therapie, Zusatzangebote)? Und wie ist das mit Bevorzugung einzelner Therapeutischer Praxen im Zusammenwirken mit der Schule?
- Für Rössberg stimmt das nicht (1,8), weil zu kleine oder ungeeignete Räume einbezogen wurden.
- Generell sind die einbezogenen Räume korrekt beziffert.
- Therapiemobil? Erscheint nicht tauglich, aber variable Räume könnten ein Modell sein.
- Die Schnittzahl von 1,8 ist zu pauschal und erfasst nicht die einzelnen Standortbedingungen.
- Der Ganztagszug kann Raumkapazitäten bringen. Die Raumsituation hat sich in Herset aufgrund des Ganztagszuges eher entspannt. Es ist auch sinnvoll, keine Nachmittagschule in der Schule zu etablieren. Allerdings: Umfangreiche Raumlogistik notwendig. Das hat auch Haushaltskonsequenzen für den Schulträger.
- Menschen und Essensausgabe sind allerdings Herausforderung, die sich mit der Zunahme an Ganztagschule verschärft. Muss räumlich berücksichtigt werden (z.B. Roisdorf).
- Kein Maßnahmenkonsort für alle, sondern Standortkonzepte mit dem Ziel der bedarfsgerechten Raumausstattung (Zutun: Korrekturen im Sep, Alle in Rekurs auf den SEP)

### 3.2 Pro Zug ein Mehrzweckraum plus Mensa für alle

- Mensa ist als solche unabhängig von der Zügigkeit
- GS Bornheim hat Raumbedarf, Modellrechnung trifft nicht zu (Schulleitung).

### 3.3 Bornheim und Roisdorf / Zügigkeit

- Siehe Protokoll der Zukunftswerkstatt (s. 13)
- Wunsch der Schulkonferenz Roisdorf: Wie kann die Schüleraufnahme gesteuert werden? Gefahr der Stigmatisierung der Roisdorfer Schule ist gegeben. Ist aufnahmearabhängig. Wird von Eltern im Aufnahmeverfahren die Qualität der Schule erkannt, ist Verbleiben an der Schule stabil. Derzeit aber Wegbewegung bei Neu anmeldungen.
- Die Bornheimer Grundschule korrespondiert ihre Aufnahmepraxis mit der Roisdorfer Schule. Aber auch: Antragskinder mit berücksichtigen. Zu tun:  
**Verstärken (GS Bornheim und GS Roisdorf)**
- Gegen Elternwillen ist das nicht möglich, auch Korrespondenz reicht nicht. Aber:
  - In Profil der Schule investieren, attraktiver gestalten. Schulprofil ausbauen und unterstützen.
  - Kleine Klassen als Qualitätsmerkmal möglich? Lehrerzuweisung? Analogie zu Großstadtvierteln)
  - Bei Gesamtschulen gibt es Verfahren bei Überhang. Gibt es so etwas auch bei Grundschulen (Quotierung/Verteilerschlüssel)?
  - Eltern im räumlichen Überschneidungsbereich gezielt „beraten“?
  - Vorschlag: Infoveranstaltung für Grundschulen Zu tun: Schulträger
  - Eigene Zusammenkunft auf Schulträgerebene

## 4. Weiterführende Schulen

### 4.1 Chancen

- Sekundarschule muss in ihrer Bildungsvielfalt in den Grundschulen dargestellt werden. Es geht nicht um eine Umwandlung (HS in SekS), sondern eine Neugründung!
- Nicht alle Bornheimer Schüler werden in Bornheim einen Platz finden. Kooperation mit Swisttal notwendig. Hauptschuleinpendler
- Gesamtschule kann mehr Schüler mit HS-Empfehlung aufnehmen. (zu tun: Ges. schule)
- Aber Vorsicht: keine Verdrängung von bestimmten Schulempfehlungen (HS)
- Zu tun: Schulträger muss das kollegiale Miteinander von HS und SekS unterstützen:
  - Revitalisierung des Altbaugebäudes
  - Ungleichgewicht der Klassenfrequenz/Raumbedarf/Funktionsräumen
  - Dabei ist auch die Martinusschule zu berücksichtigen.
  - Schulträger Richtung Bezirksregierung: Vorgabe für künftige HS-Leitung zur verbindlichen Kooperation mit der SekS
- Konflikt: Innere und äußere Differenzierung, Schulprofil: Leistungsmischung/-separierung - zu welchem Preis?

## 4.2 und 4.3 Verbünde, Kooperationen

- Die Konzepte der Sekundarschule in Bornheim und der Verbandschule in Swisttal sind (sehr) unterschiedlich.
- Zu tun: Kooperation ja, Verbund nein. (Schulträger)

## 4.4 1,8 Klassen-, Fach-, Mehrzweck- und Ganztagsräume

- Trifft so nicht zu, 1,8 ist als Richtgröße untauglich.
- Standortkonzepte wie bei Grundschulen notwendig. (zu tun: Alle)
- Schulleitung AvH: Gebundener Ganztag, Mensaauflstockung notwendig (Zu tun: Prüfung durch Schulträger)
- In Merten sind die Zahlen von der Wirklichkeit überholt (4-zügige gebundene Ganztagsschule). Zu tun: Neuplanung/Korrektur ist zeitlich dringend (Schulträger)
- Europaschule : Ist in Arbeit.
- Inklusion ist bei der Berechnung des Raumbedarfs noch nicht berücksichtigt. Muss aber sein. (Zu tun: Bornheimer Aktionsplan, siehe auch an anderer Stelle)

## 4.5 Raumbilanz weiterführende Schulen und Grundschulen

- Der Zuwachs an pädagogischem und therapeutischem Personal und aufgrund der veränderten Ausbildungsordnung im LehrerInnensektor ist nicht räumlich berücksichtigt. Dabei sind auch die Sanitäranlagen zu berücksichtigen.

## 5. Zentrum mit Kompetenz (Uta Will)

### AK Zukunft Kompetenzzentrum (s. Anlage von Uta Will)

- Kinderkonferenz
- Fortbildungskoordination in Bezug auf Kinder mit Förderbedarf
- Kontext mit Aktionsplan „Inklusion in Bornheim“
- Förderressourcen „teilen“, Einzugsbereich überprüfen (reg. Schulentwicklung)
- Konzeptkonferenz: **18.12.14.00 Uhr im Jugendamt (Brunnenallee)**
- Übergang vom Elementarbereich zum Primarbereich muss im Hinblick auf Inklusion ausgefeilt werden (Instrumente für den Übergang)
  - Rückstellungen kindorientiert berücksichtigen
- Zu tun: Kompetenzzentrum und Schulträger erarbeiten Konzept - auch zur Weitergabe und zur Abstimmung mit der Landesregierung



Bildung wird entwickelt:

Bornheim in Bewegung



### **Erste Ideensammlung zur Konzeptentwicklung vom Kompetenzzentrum in ein *Förderzentrum***

In einer Sitzung der „Kleinen Kommission“ im Städte- und Gemeindebund stand das Thema „Inklusion“ auf der Tagesordnung. Staatssekretär Hecke war zur Erörterung gekommen. In der Sache gab es interessante und positiv aufzunehmende Tendenzen, wie z.B. die, dass an der Mindestzahl (144) für den Bestand einer Förderschule noch gefeilt wird und dass die Kompetenzzentren nicht einfach als auslaufend definiert werden sollen, sondern der Übergang (z.B. in ein Förderzentrum) geebnet werden soll. Dies und die als von allen als sehr positiv empfundene Arbeit des KsF's spricht dafür, sich konzeptionell auf den Weg zu machen, das Kompetenzzentrum in ein Förderzentrum umzuwandeln bzw. das KsF neu auszurichten. Wir wollen nicht warten, bis uns etwas auf- bzw. vorgesetzt wird, sondern wir wollen die Richtung maßgeblich mitbestimmen.

Wichtig dabei ist, dass das System „Bornheimer Verbundschule“ und „KsF“ nicht alleine gedacht wird, sondern von allen Schulen der Bildungslandschaft Bornheim betrachtet wird. Auch Ressourcen außerschulischer Partner müssen ebenfalls mit in die Überlegungen, aber auch mit in die Vernetzung und Arbeit für eine Neukonzeptionierung einbezogen werden.

Folgende Schwerpunkte sind erste Ideen von Seiten des Schulträgers, der Schulaufsicht sowie des Schulleitungsteams der VB, das KsF neu auszurichten:

- Koordinierung geordneter Übergänge von Kindergarten in Schule, von Klasse 4 in 5 sowie von Schule in den Beruf („Kinderkonferenz“ wird bereits im Januar erstmalig durchgeführt)
- Elternberatung in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Schulpsychologischen Dienst, der EBS sowie dem Schulärztlichen Dienst
- Interpretation und Definition des Begriffes „Kinder in Krisensituationen“
- Klasse E für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Möglichkeit der Elternbegleitung (Therapiesuche, Jugendamt, etc.)
- Elternschulung in Zusammenhang mit den oben genannten Institutionen
- Koordinierung geordneter Übergänge der Kollegen, die möglicherweise mit den Kindern gehen

- Koordinierung eines angemessenen Rahmens, der die Umsetzung von Inklusion auch ermöglicht (Tempo rausnehmen und ehrlichen Zeitplan entwickeln)
- Regelmäßige Konferenzen, Austausch und das Angebot der Kollegialen Fallberatung für Lehrkräfte, die bereits im GU tätig sind
- Koordinierung gemeinsamer Fortbildungen
- Öffnung für weitere Förderschwerpunkte
- Aufstellung von Qualitäts- und Alleinstellungsmerkmalen aller Schulen als Grundlage für die (ehrliche) Beratung von Eltern
- Unterstützung/Hilfen beim Aufbau von sog. Schwerpunktschulen (Wo bietet es sich an? Welche räumlichen Kapazitäten sind vorhanden? Welche Konzepte für die Inklusion liegen vor? Welche Unterstützung wird noch benötigt, um sich in Richtung Inklusion aufzustellen? Welche Schwerpunkte haben einzelne Schulen schon, die sich in der Inklusion nutzen lassen?)
- Einsatz für den Erhalt von Personalressourcen in der Stadt Bornheim
- Alle Ressourcen bündeln und bei Bedarf umverteilen
- Regionale Schulentwicklung denken: BV als die (möglicherweise einzige) Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Sprache des RSK linksrheinisch (Schonraum für die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten)

Um die Ideensammlung zu vervollständigen und sie konzeptionell auszugestalten, möchten wir gerne eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Auf der Zukunftswerkstatt hat sich bereits eine Gruppe zum Thema „Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums“ gebildet (Frau Deussen-Dopstadt, Frau Garbes, Frau Heitmann, Frau Fischer, Frau Mühlberg, Frau Peiffer, Herr Rauh, Frau Rothkegel, Herr Schnapka, Frau Will, etc.) Weitere Interessenten können gerne dazukommen. Das nächste Arbeitstreffen wird am Dienstag, den 18.12.12 um 14.00 Uhr im Jugendamt der Stadt Bornheim (Brunnenallee) stattfinden.

**Fortsetzung der Bornheimer Zukunftswerkstatt 2012 am 04.12.2012 in der Johann-Wallraf-Schule Bornheim**

**Teilnehmerliste:**

- Christoph Becker / Europaschule Bornheim
- Paul Breuer / Die Linke
- Gabriele Deussen-Dopstadt / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Petra Domscheit / Nikolaus-Schule Waldorf
- Dr. Brigitte Engelhardt / Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim
- Elvira Garbes / Stadt Bornheim FB 4
- Astrid Geschwind / Sekundarschule Merten
- Manfred Harder / Stadt Bornheim FB 4
- Ute Krüger / SPD-Fraktion
- Andrea Lauer / Thomas-von-Quentel-Schule Walberberg
- Gertrud Meier / Johann-Wallraf-Schule Bornheim
- Cordula Müller / Elterninitiative Inklusion
- Norbert Rauh / Herseler-Werth-Schule
- Valentina Rignanese / Stadt Bornheim FB 4
- Christine Rönker / Jugendamts-Elternbeirat
- Gisela Rothkegel / Inklusionsbeauftragte Stadt Bornheim
- Uta Scheuer / Sebastian-Schule Roisdorf
- Markus Schnapka / Stadt Bornheim Dezernent und Moderator
- Michael Sebastian / Sprecher freie Träger Jugendhilfeausschuss
- Hans-Martin Siebert / FDP-Fraktion
- Barbara Thienpont / Markus-Schule Rösberg
- Frank Wasser / Realschule Ursulinenschule Hersel
- Uta Will / Bornheimer Verbundschule

Insgesamt 23 Teilnehmer / -innen